



Staatsarchiv des Kantons Zürich

Kantonsratsprotokolle seit 1803 online

<http://www.staatsarchiv.zh.ch/query>

Signatur	StAZH MM 24.42 KRP 1891/0017
Titel	Voranschlag für das Jahr 1891. Ueberweisung.
Datum	21.01.1891
P.	108–112

[p. 108] Die Berathung des Voranschlages für das Jahr 1891 wird fortgesetzt.

Es liegt folgender Antrag der Staatsrechnungsprüfungskommission vor:

1.) Streichung des Postens von 200,000 fcs: (pag: 60. IX. B. h künftige Pflegeanstalt Wülflingen.)

2.) Aufnahme folgender Posten ins Budget:

a.) 100,000 fcs: für den Neubau der Thierarzneischule, erste Rate (pag: 56 VIII B. 5. a).

b.) 50,000 fcs: für den Bau eines Absonderungshauses beim Spital in Winterthur (pag: 110. 3. c.), erste Rate.

c.) 50,000 fcs: für den Ausbau der Pflegeanstalt Rheinau, mit ganz besonderer Berücksichtigung der Neuerstellung von Waschhaus und Küche (pag: 124. 3. c.) erste Rate.

Herr Spyri hält an den 200,000 fcs: für Wülflingen fest.

Die drei Posten 2 a. 2 b. 2 c. des Antrages der Kommission werden nach einander einstimmig gutgeheißen; dagegen werden die 200,000 fcs: für Wülflingen mit Mehrheit gestrichen.

Folgender Antrag der Kommission wird ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben.

Der Regierungsrath wird eingeladen, die Pläne und Kostenvoranschläge für eine Pflege- und Versorgungsanstalt Wülflingen, sowie für die Neubauten in Thierarzneischule, Kantonsspital Winterthur (Absonderungshaus) und Pflegeanstalt Rhei- // [p. 109] nau (Waschhaus und Küche) dem Kantonsrath mit thunlichster Beförderung behufs Schlußfassung vorzulegen.

Pag: 60. IX. E. Beiträge an Gemeinde- und Privatspitäler und an den Krankentransportwagen Franken 37 000. Die Kommission beantragt 50,000 fcs.; Herr Regierungsrath Nägeli 40,000 fcs: Dieser letztere Ansatz wird mit 72 gegen 70 Stimmen aufgenommen.

Pag: 58. VIII. C. d., außerordentliche Beiträge an Gemeinden im Sinne von § 9 des Straßengesetzes, 10,000 fcs: Herr Peter von Dägerlen möchte Franken 30,000. ansetzen, bleibt aber bei 46 gegen 93 Stimmen in Minderheit und der Ansatz des Regierungsrathes unverändert.

Pag: 64. X. b. 1. Bezirksanwälte in Zürich.

Der Regierungsrath hat betreffend die Besoldung dieser Beamten eine besondere Vorlage gemacht. Nun wünscht Herr Regierungsrath Spiller, daß diese beim bezeichneten Budgetposten erledigt werde. Auf Antrag des Herrn Wunderly wird der Gegenstand verschoben und der Regierungsrath eingeladen, für das betreffende Bedürfniß ein Nachtragskreditbegehren zu stellen.

Pag: 68. XII. b. Zulagen an Beamte und Angestellte, 14,000 fcs. Der Herr Referent beantragt 16,000 fcs.; Herr Oberst Meister 20,000 fcs: Mit 77 gegen 52 Stimmen wird der Ansatz des Referenten angenommen.

Pag: 68. C. I. c. Kanzleibeamte des Obergerichtes. Es liegt eine Petition dieser Beamten betreffend Besoldungserhöhung vor. Sie wird verlesen, dann gemäß Antrag des Herrn Regierungsrath Dr Stöbel dem // [p. 110] Regierungsrathe für sich und zu Handen des Obergerichtes zur Begutachtung überwiesen.

Pag: 70. C. I. i. Allerlei. 1100 fcs: der Ansatz wird auf Antrag des Herrn Scheuchzer um Franken 2000, die für einen Instruktionskurs für Gemeindammänner zur Einführung in das eidgenössische Betreibung[s]gesetz zu verwenden wären, erhöht.

Pag: 74. C. V. f 3. Der Credit für vorübergehende Aushilfe in einzelnen Bezirksgerichtskanzleien wird auf Antrag des Herrn Dr Sträuli ohne Widerspruch von 5600 fcs: auf 9000 fcs: erhöht.

Pag: 100. Ringweil. Der Ausgabeposten N° 12, „Bauten und Assekuranz“ erfährt gemäß dem Antrage der Kommission eine Erhöhung von 13,000 fcs: auf 30,000 fcs.

Pag: 104 Uitikon. Der Ausgabeposten 6, Beleuchtung und Beheizung, wird von 700 fcs: auf 1000 fcs, derjenige unter 9, Bau und Unterhalt von Gebäuden, von 1000 auf 1500 fcs: erhöht.

Von der Kommission ist im gedruckten Berichte folgender Antrag gestellt:

Der Regierungsrath wird eingeladen, zu prüfen, ob nicht ohne wesentliche Beeinträchtigung der Staatskasse eine Reduktion der Kostgelder für Detinirte in der Anstalt Uitikon möglich wäre, und im bejahenden Falle diese Reduktion gemäß § 5 des Gesetzes betreffend die Korrektionsanstalten vom 4. Mai 1879 dem Kantonsrathe zu beantragen.

In der Folge zieht jedoch der Herr Referent diesen Antrag zurück zu Gunsten desjenigen des Herrn Ge- // [p. 111] richtspräsidenten Frei, lautend:

Der Regierungsrath wird eingeladen, zu prüfen, ob nicht ein Theil des Alkoholzehntels zur Unterstützung derjenigen Gemeinden zu verwenden sei, welche auf ihre Kosten Detinirte in den Korrektionsanstalten haben.

Die Herren Bühler und Regierungsrath Grob empfehlen die Verwerfung dieses Antrages; er wird jedoch mit Mehrheit angenommen.

Pag: 106, Kantonsspital Zürich. Der Einnahmeposten 5, Verschiedenes, wird auf Antrag des Herrn Regierungsrath Grob von 6200 fcs: auf 3400 fcs: herabgesetzt, andererseits

Pag: 108, der Ausgabeposten 4. a. Löhne des Wart- und Dienstpersonals von 34,000 fcs: auf Franken 35,000 erhöht.

Das Budget für das Jahr 1891 ist nun durchberathen und die Vorlage des Regierungsrathes, abgesehen von den hievor protokollirten Aenderungen, gutgeheißen.

Die laut pag: 80 dieser Budgetvorlage vorgesehenen Einnahme- und Ausgabesummen ändern sich wie folgt:

Einnahmen	fcs: 11,247,748.
Ausgaben	“ 11,320,295.
Ausgabenüberschuß	72,547.

Es bleiben noch 3 Postulate der Staatsrechnungsprüfungskommission zu behandeln:

- 1.) betreffend die Frage der Gründung eines Bürgschaftsvereins von kautionspflichtigen Beamten;
- 2.) betreffend Revision der Verordnung über Ertheilung von Beiträgen an Feuerlöschleinrichtungen; // [p. 112]
- 3.) betreffend ein Flußkorrektions-Budget.

Der Kantonsrath beschließt, auf diese Postulate im Anschluß an die Behandlung des Rechenschaftsberichtes des Regierungsrathes später einzutreten, und es wird die heutige Sitzung um 2 Uhr aufgehoben.

[*Transkript: kvr/15.10.2015*]